

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Goiny!

In der Frage von Konsolidieren und Investieren sind wir alle ganz nah beieinander. Das ist richtig. Da werfe ich Ihnen auch gar nichts vor. Aber SPD und CDU behaupten in diesem Nachtragshaushalt allen Ernstes, dass die Einnahmen des Landeshaushalts trotz Hochkonjunktur und Beschäftigungsrekord um 168 Millionen Euro gegenüber dem Vorjahr sinken werden. Der Senat will uns obendrein glauben machen, dass die Zinskosten dieses Jahr 364 Millionen Euro höher ausfallen werden als 2014, und das mitten in der Nullzinsphase. Und um die Absurdität auf die Spitze zu treiben, veranschlagt er 390 Millionen Euro weniger Sachausgaben als letztes Jahr – als gäbe es keine steigenden Sozialkosten, keine Flüchtlinge in der Stadt und nicht mehr Kinder in den Kitas und Schulen. Das alles ist komplett abwegig und beweist eigentlich nur eines: SPD und CDU haben die Mehrheit hier im Haus, aber sie haben diese Mehrheit auf Dauer nicht verdient.

[Beifall bei den GRÜNEN, der LINKEN und den PIRATEN]

Unser Antrag korrigiert diese Einnahme- und Ausgabenerwartungen von SPD und CDU wenigstens einigermaßen. Aber immerhin – darüber streiten wir ja gar nicht – haben wir jetzt ein Sondervermögen, aus dem wir in den kommenden Jahren eine halbe Milliarde Euro in die Sanierung und das Wachstum unserer Stadt investieren können. Das ist erst mal gut. Aber ist hier irgendjemand, der glaubt, mit der halben Milliarde SIWA ist es getan? Ich greife nur ein Beispiel heraus, das besonders gut dokumentiert ist und deshalb nicht strittig sein dürfte. Im SIWA sind 105 Millionen Euro zur Sanierung der Krankenhäuser vorgesehen. Gut so! Aber dem steht ein Bedarf von anderthalb Milliarden allein in den staatlichen Krankenhäusern gegenüber. 600 Millionen Euro sind bei der Charité noch offen, und 900 Millionen Euro sind es bei Vivantes. So ähnlich ist es mit allem anderen auch, von der Schule bis zum Zustand unserer Straßen und U-Bahnen.

Das SIWA deckt ungefähr 5 Prozent des anerkannten Sanierungsbedarfs ab. Die übrigen 95 Prozent sind noch unerledigt. Deswegen wiederholen wir es immer wieder gern: Das Abgeordnetenhaus muss ab 2016 alles daran setzen, die regulären Investitionen im Haushalt um mindestens 200 Millionen Euro zu verstärken. Der Senatsdeckel auf den Investitionen muss weg.

[Beifall bei den GRÜNEN, der LINKEN und den PIRATEN]

Das führt mich dann zu einer Überlegung, die sich zunächst sehr buchungstechnisch anhört, aber politisch höchst bedeutsam ist. Das ist hier eine Haushaltsdebatte, die unsere Handlungsmöglichkeiten transparent machen soll. Die 500 Millionen Euro für das SIWA werden haushaltstechnisch nicht aus irgendeiner Rücklage genommen, die sich in den Vorjahren gefüllt hat. Es sieht auf den ersten Blick so aus, aber es ist nicht so. Vielmehr führen die Haushaltsvorschriften dazu, dass die halbe Milliarde für das SIWA im Nachtrag 2015 komplett aus den regulären Steuereinnahmen finanziert werden muss und auch finanziert wird.

Das bedeutet aber – und da wird es politisch interessant –, diese 500 Millionen Euro reguläre Einnahmen sind auch im nächsten Jahr da und stehen dann ohne SIWA zur freien Verfügung. Deshalb ist unsere Forderung, den Investitionsanteil im Haushalt zu erhöhen, auch keine Hexerei. Wir erwarten vom Senat, dass diese freien Mittel bei der Haushaltsaufstellung nicht einfach unterschlagen werden, aber auch nicht komplett in den Personal- und Sachkosten aufgehen, sondern wir erwarten, dass mindestens 200 Millionen Euro davon für Investitionen reserviert werden.

Ich gebe zu, ein solcher Kurs wird durch die Kosten erschwert, die durch das BER-Desaster auf Berlin zurollen. Der Senator hat vorhin etwas dazu gesagt. Wir haben gestern erfahren, dass die Bundesrepublik Deutschland im März bei der EU-Kommission die Genehmigung von 2,2 Milliarden Euro öffentlicher Gelder – nicht von Krediten – für die Flughafengesellschaft beantragt hat. Ohne Einverständnis des Berliner Senats und der brandenburgischen Landesregierung geht das nicht. Dass man uns diese Übereinkunft verschwiegen hat, bis heute die Unterlagen verweigert, geschweige das Parlament vorher mal gefragt hat, das bewerte ich als einen politischen Skandal.

[Beifall bei den GRÜNEN und der LINKEN – Vereinzelter Beifall bei den PIRATEN]

Wird die Beihilfegenehmigung von der EU erteilt, wird die Sache, die Sie, Herr Senator, angesprochen haben, sehr viel schwieriger. Ich stelle mir ja genau die gleiche Frage wie Sie: Muss es wirklich sein, dass wir neben der Fertigstellung auch noch den Ausbau des Flughafens auf das Versprechen hin, dass die Gewinne des BER uns das Geld ab 2020 wieder in die Landeskasse spülen, aus Steuermitteln vorfinanzieren? Das ist ja der Gegenstand des Antrags an die EU.

Es ist in der Tat eine echte Alternative zu sagen, die Flughafengesellschaft möge bitte die Erweiterung des BER selber finanzieren, und zwar Zug um Zug in dem Maße, wie der von ihr behauptete Anstieg von Passagierzahlen, Einnahmen und Gewinnen auch tatsächlich eintritt. Da bin ich ganz an Ihrer Seite. Bloß – dieser EU-Antrag entfaltet natürlich eine gewisse Bindewirkung – kriegen wir die Komplikation, dass jeder, der dann daran etwas ändern will, dem Argument ausgesetzt wird, er würde jetzt den Beihilfeantrag ins Zwielicht ziehen und infrage stellen. Wir werden das erleben. Das heißt, wenn wir diesen Weg gehen wollen, den Sie beschrieben haben und den auch ich für richtig halte, dann müssen wir uns da erst mal durchsetzen. Ansonsten müssen wir davon ausgehen, dass 800 Millionen und nicht nur 400 Millionen in den nächsten vier Jahren auf unseren Haushalt zukommen.

Ich sage mal dazu, darüber haben wir ja gesprochen, eine wachsende Stadt ist eben mehr als ein wachsender Flughafen. Die Berliner Politik hat deshalb noch andere Aufgaben. Gucken Sie sich den Wohnungsmarkt an! Da geht das Mietendrama weiter, ohne dass der Senat genügend unternimmt. Wir werden vage auf 2016 oder 2017 vertröstet. Dabei hätte der Senat im Nachtragshaushalt die Möglichkeit gehabt, schon jetzt etwas zu tun. Wir und auch die anderen Oppositionsfraktionen hatten ja deswegen beantragt, den städtischen Wohnungsbaugesellschaften 100 Millionen Euro Eigenkapital für ihre Bauvorhaben zuzuführen. Im Gegenzug erwarten wir dann von den Gesellschaften, dass sie preiswerten Wohnraum in ihren Beständen bereitstellen. Warum gehen Sie diesen Weg nicht mit, Kolleginnen und Kollegen von SPD und CDU? Der Weg ist machbar, und er ist vernünftig.

[Beifall bei den GRÜNEN und der LINKEN – Beifall von Heiko Herberg (PIRATEN)]

Zum Abschluss noch ein paar Worte zur Energie- und Umweltpolitik: Diese rangiert bei Rot-Schwarz notorisch unter ferner liefen. Auch das will mir nicht in den Kopf. Wachsende Stadt kann doch nicht heißen, dass wir immer mehr Energie verbrauchen und immer mehr Braunkohledreck in die Luft pusten. Den Energieverbrauch zu drosseln und mehr Strom aus Wind und Sonne zu erzeugen, das gehört doch zu Berlin mit Zukunft dazu! Sie fassen Beschlüsse zur Rekommunalisierung und zur sogenannten Smart City und stellen das dann im Senat gegeneinander. Denken Sie die beiden Ansätze doch einmal zusammen, dann werden Sie sehen, dass daraus ein Schuh wird!

[Vereinzelter Beifall bei den GRÜNEN]

Strom aus Wind und Sonne, aus Kraft-Wärme-Kopplung, kombiniert mit einem intelligenten Netz, das auch dezentrale Erzeugung gut bewältigt, Elektromobilität, Ladestationen an den Laternen, Mobilitätskarten, mit denen man U-Bahn fahren, aber bei Bedarf auch ein Fahrrad oder Elektroauto mieten kann usw., das ist doch die Zukunft der Städte und die Zukunft der Arbeitsplätze. Da wollen wir vorne mit dabei sein.

[Beifall bei den GRÜNEN – Vereinzelter Beifall bei der LINKEN]

Es fehlt bloß der Treiber. Die Stromkonzerne machen diese Energie- und Verkehrswende nicht von allein, denn sie kleben natürlich an ihrer alten Struktur. Es ist doch der Sinn des Stadtwerks und auch eines kommunalen Stromnetzes, genau diese Investitionen in erneuerbare Energieerzeugung und Energieeffizienz zu ermöglichen. Doch dazu fehlt dem Stadtwerk das nötige Geld. Wir wollen deshalb – auch mit unserem Antrag, der auf dem Tisch liegt – dem Stadtwerk dieses Jahr 30 Millionen Euro Eigenkapital zuführen und diesen Weg in den nächsten fünf Jahren konsequent fortsetzen.

Und ich sage noch dazu – das wird der nächste Tagesordnungspunkt sein –: Auch eine solche Politik hin zu einer kommunalen Stromversorgung, die uns in moderne und ökologische Verhältnisse führt, wird nur sinnvoll sein, wenn Sie das Vergabeverfahren beim Stromnetz nicht in der gleichen Art und Weise in die Grütze fahren, wie Sie das beim Gas gemacht haben. Diese Gefahr sehen wir ganz stark, wenn wir nicht neu aufsetzen, sondern stattdessen in Verhandlungen gehen und dann mit irgendwelchen gemischten Gesellschaften zusammen, mit Vattenfall und anderen aus der Sache, wieder rauskommen. Dann wird aus der schönen Vision, die ich gerade versucht habe darzustellen, leider nichts. Und das möchten wir mit aller Kraft verhindern!

[Beifall bei den GRÜNEN – Vereinzelter Beifall bei der LINKEN und den PIRATEN]